



HANDREICHUNG

Sicher gegen Rechts



Umgang mit Diskriminierung und rechten
Anfeindungen im Jugendverband

entdecke was geht
www.ljrbw.de

landes
jugend
ring **bw**

Impressum

Herausgeber:

Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.
Siemensstr. 11, 70469 Stuttgart

Fon: 0711 16447-0

info@lrbw.de

www.lrbw.de



Redaktion: Alexander Krickl, Nico Alt

Endredaktion: Karoline Gollmer

V.i.S.d.P.: Claudia Ernst (stellv. Vorsitzende)

Layout: Karoline Gollmer

Druck: dieUmweltDruckerei GmbH

Titelbild: Georg Eiermann // unsplash.com

Stuttgart, Juni 2022

FRAGEN, ANREGUNGEN, WÜNSCHE

Fragen, Anregungen und Wünschen zur Handreichung oder zur Arbeit gegen Rechts gehen an den Fachbereich Partizipation und politische Bildung beim Landesjugendring Baden-Württemberg:

0711 16 447-0 oder info@lrbw.de

Der Landesjugendring bedankt sich ganz herzlich bei den Kolleg*innen aus der AG „Strategie gegen Rechts“, die an der Entstehung der Handreichung mitgewirkt haben!

Vorwort

Jugendverbände und Jugendringe richten sich mit der Vielfalt ihrer Angebote an alle Kinder und Jugendlichen. Sie bieten ihnen Raum für Erfahrung und zur Entfaltung, in dem sie sich wohlfühlen können und sicher vor Anfeindungen sich selbst erfahren können.

Bewusste und unbewusste Vorurteile, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und Benachteiligung aufgrund geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung sind jedoch – wie in der Mehrheitsgesellschaft – auch in der Jugendverbandsarbeit eine Realität. Um diesen entgegenzuwirken und auf das Ziel eines sicheren, freien Raums für junge Menschen hinzuwirken, hat der Landesjugendring 2019 seine Leitsätze für Vielfalt gegen Diskriminierung beschlossen. In ihnen positioniert er sich gemeinsam mit seinen Mitgliedsverbänden klar für eine vielfältige und inklusive Gesellschaft und benennt rote Linien im Umgang mit Vorurteilen und Diskriminierung.

Mit dieser Handreichung möchten wir haupt- und ehrenamtlich Aktiven in der Jugendverbandsarbeit eine schnelle und kompakte Hilfestellung an die Hand geben. Sie unterstützt dabei, die Leitsätze mit Leben zu füllen. Aber sie soll auch konkrete Hilfe geben: wenn die Veranstaltung eines Jugendverbands durch rechtspopulistische Gruppen gestört wird, wenn die Förderung der Verbandsarbeit von undemokratischen Politiker*innen delegitimiert wird, wenn junge Teilnehmende sich bei der Gruppenstunde oder beim Ferienlager diskriminierend äußern, gibt diese Handreichung erste Hinweise zum Umgang mit solchen Situationen und benennt weiterführende Unterstützungsangebote.

Wir hoffen, dass diese Handreichung für viele Jugendleiter*innen, Vorstandsmitgliedern vor Ort und Hauptamtlichen in Verbänden und Ringen eine Hilfe im Umgang mit Rechts wird. Sie soll dazu beitragen, Jugendverbände und Jugendringe als diskriminierungsfreie Orte für Kinder und Jugendliche zu stärken.

Nico Alt

Fachvorstand für Partizipation und politische Bildung

Claudia Ernst

stellvertretende Vorsitzende



LANDTAG VON
BADEN-WÜRTTEMBERG

LANDTAG VON
BADEN-WÜRTTEMBERG

Inhalt

Die Leitsätze für Vielfalt gegen Diskriminierung
des Landesjugendrings Baden-Württemberg..... 7

Die Leitsätze in der Praxis:

- Pauschalisierende Abwertungskonstruktionen und
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erkennen 10
- Auf problematische Äußerungen angemessen reagieren..... 11
- Umgang mit Störungen..... 13
- Umgang mit Diskriminierungserfahrungen 16
- Pädagogischer Umgang mit abwertenden Jugendlichen..... 19
- Umgang mit rechten Nutzungsversuchen 22
- Auf Angriffe von Rechts reagieren 24

Weiterarbeit:

- Unterstützung finden..... 27
- Weiterlesen..... 32

LEITSÄTZE FÜR VIELFALT GEGEN DISKRIMINIERUNG



Die Leitsätze für Vielfalt gegen Diskriminierung des Landesjugendrings Baden-Württemberg

Die deutsche Mehrheitsgesellschaft ist durch vielfältige Formen (unbewusster) Vorurteile geprägt. Wir sehen, dass auch wir in den Jugendverbänden und Jugendorganisationen nicht frei von Sexismus, Rassismus, Antisemitismus sowie Benachteiligung aufgrund geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung sind. Deshalb findet in unseren Kontexten ebenfalls Ausgrenzung und Diskriminierung statt.

Wir verurteilen solche Denkmuster und Strukturen, wollen für diese sensibilisieren und sie ändern. Vor diesem Hintergrund haben wir „Leitsätze für Vielfalt gegen Diskriminierung“ und klare „Rote Linien“ formuliert:

VIELFALT IST NORMAL – DAFÜR STEHEN WIR:

Bei uns sind alle Menschen willkommen, so wie sie sind.

Wir achten die universell gültigen individuellen und sozialen Menschenrechte und fördern die Menschenrechtsbildung.

Wir stehen für eine inklusive, diversitätsorientierte und diskriminierungskritische Jugendarbeit, die von demokratischer Selbstorganisation und Teilhabe junger Menschen – auf allen Ebenen – lebt.

Wir sind von nichtformaler und informeller Bildung in der Jugendarbeit überzeugt. Sie bietet Raum für partnerschaftliche Beteiligung, Demokratiebildung und Kompetenzentwicklung für das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft.

Wir wissen um die Wichtigkeit des aktiven zivilgesellschaftlichen Engagements innerhalb der komplexer werdenden Herausforderungen einer globalisierten Gesellschaft.

Wir stehen für Vielfalt, Solidarität, Gleichberechtigung, Respekt und Freiheit, welche – unter anderem – durch ein Wechselspiel von internationaler bis hin zu örtlicher Kinder- und Jugendarbeit nachhaltig erlebbar wird.

UNSERE ROTEN LINIEN:



Gegen Diskriminierung

1. Gegen Diskriminierung

Wir beziehen aktiv Stellung gegen Diskriminierungen aller Art.



Gegen Rassismus

2. Gegen Rassismus

Wir wenden uns gegen alle Formen von Rassismus. Wir tolerieren keine Abwertung von Menschen aufgrund ihrer Sprache, ihrer Herkunft oder Religion.

Hervorheben möchten wir, aufgrund der besonderen Relevanz, Islamfeindlichkeit und Antiziganismus, ohne alle anderen Formen von Diskriminierung diesen nachzustellen.



Gegen Antisemitismus

3. Gegen Antisemitismus

Wir wenden uns gegen Antisemitismus in alten und neuen, religiösen, sozialen oder politischen Erscheinungsformen.



Gegen Benachteiligung aufgrund geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung

4. Gegen Benachteiligung aufgrund geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung

Wir sehen die Vielfalt von Geschlechterempfinden und sexuellen Orientierungen.

Es gibt viele Liebes- und Lebensformen jenseits heterosexueller Normvorstellungen, sowie mehr als nur ein weibliches und männliches Geschlecht.



Hindernisse abbauen

5. Hindernisse zu Teilnahme und Mitbestimmung abbauen

Wir stehen für Barrierefreiheit und ermöglichen allen Kindern und Jugendlichen bei unseren Angeboten mitzumachen und diese mitzubestimmen.



Benachteiligung ausgleichen

6. Soziale, geographische und finanzielle Benachteiligungen ausgleichen

Wir berücksichtigen die sozialen Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen sowie die finanziellen Möglichkeiten ihrer Familien und setzen uns gegen soziale Ungleichheit ein.

Wir ermöglichen, dass Kinder und Jugendliche aus allen gesellschaftlichen und geographischen Bereichen gleichermaßen an unseren Gremien und Angeboten mitwirken und teilnehmen können.



Nazis raus!

7. Nazis raus! Rechtspopulismus und Nationalismus keinen Raum geben

Mit Menschen, Parteien oder Organisationen, die Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit oder religiösen Fundamentalismus unterstützen, arbeiten wir nicht zusammen.

Dessen ungeachtet setzen wir im Umgang mit rechtsorientierten jungen Menschen, die noch kein geschlossenes rechtes Weltbild haben, zunächst auf die pädagogische Auseinandersetzung um sie für eine demokratische, pluralistische und offene Gesellschaft zu gewinnen.

Die Leitsätze in der Praxis

GRUPPENBEZOGENER MENSCHENFEINDLICHKEIT (GMF) UND PAUSCHALISIERENDE ABLEHNUNGS- KONSTRUKTIONEN (PAKOS) ERKENNEN

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, beschreibt die Ablehnung von Personen auf Grundlage einer gesellschaftlichen Gruppenzugehörigkeit. Die Ablehnung beruht in diesem Fall nicht auf einer individuellen Ablehnung der Person, sondern auf zugeschriebenen Eigenschaften der gesellschaftlichen Gruppe. Durch die zugrundeliegende Ideologie der Ungleichwertigkeit wird die eigene Gruppe aufgewertet, indem eine andere gesellschaftliche Gruppe als weniger Wert wahrgenommen wird. Gruppen können aufgrund unterschiedlicher Eigenschaften solchen Feindlichkeiten ausgesetzt sein. Beispiele für GMF sind Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Ablehnung homosexueller Menschen, Menschen mit Behinderung und wohnungsloser Menschen. Eine Person, die eine dieser Gruppen ablehnt, lehnt mit erhöhter Wahrscheinlichkeit auch andere Gruppen ab, da diese die grundsätzliche Gleichheit der Menschen nicht anerkennt.

Pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen (PAKOs)

Die Ablehnung von Gruppierungen, Weltanschauungen, Religionen, Lebensstilen und -praxen, aufgrund pauschalisierender Zuschreibung negativer Eigenschaften oder Verhaltensweisen bezeichnet man als pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen (PAKOs). Die Betroffenen der Ablehnung werden durch die Zuschreibungen erst zu einer vermeintlich homogenen Gruppe, weshalb es sich um eine Konstruktion handelt. Diese Konstruktionen werden durch soziale Interaktion und gesellschaftliche Diskurse hergestellt und verbreitet, aber auch aktualisiert und den neuen gesellschaftlichen Bedingungen angepasst.

PAKOs werden anhand 6 Themenfelder unterschieden, welche die Ablehnung verschiedener Gruppen zusammenfassen. Dies sind:

- herkunfts- und migrationsbezogene Ablehnungshaltungen
- antimuslimische Haltungen
- antisemitische Haltungen

- Ablehnungshaltungen im Kontext der hegemonialen Geschlechterordnung wie Sexismus und Abwertung von LSBTTIQ*-Menschen
- Ablehnungshaltung gegenüber Menschen, die gesellschaftlichen Leistungs- und Erfolgserwartungen nicht gerecht werden (können), sog. „underperforming“
- stilbezogene und territorialisierende Ablehnungshaltungen.

Die Ablehnung in diesen Bereichen kann zudem noch nach ihrer Intensität unterschieden werden, so können sie von Vorbehalten über verbale Anfeindung bis Hass und Gewalt verschiedene Intensitäten annehmen.

Die Konzepte der GMF und der PAKOs beschreiben dasselbe Phänomen, haben aber zentrale Unterschiede. So hebt das Konzept der PAKOs hervor, dass gesellschaftliche Gruppen nicht objektiv bestehen, sondern sozial konstruiert werden, zudem berücksichtigt dieses Konzept verschiedene Intensitäten von Ablehnung.

Zum Weiterlesen:

Amadeu Antonio Stiftung, 2006: Reflektieren. Erkennen. Verändern. Was tun gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit? Berlin, S. 6 ff.

Küppner, Beate und Zick, Andreas, 2015. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Online unter <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit>.

Möller, Kurt, et al., 2021. Erfahrungsräume öffnen – Demokratie gestalten. Die KISSeS-Strategie in der Praxis, Reutlingen: Sauter, S. 6 ff.

Möller, Kurt, 2020. Pauschalablehnung – Verständnisse, Erscheinungsweisen, Begünstigungsfaktoren und Gegenstrategien. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

AUF PROBLEMATISCHE ÄUSSERUNGEN ANGEMESSEN REAGIEREN

Unterscheidung zwischen „dummen G’schwätz“ und verfestigten PAKOs

Bei abwertenden Äußerungen handelt es sich nicht immer um GMF oder PAKOs. So ist Mobbing eines Kindes mit wenig Geld, weil dieses nicht mit ins Schullandheim kann, schlimm, aber nicht pauschalisierend, da es auf die individuelle Situation der Person bezogen ist. Anders ist es mit Aussagen wie „Alle armen Menschen sind faul“. Solche Aussagen sind pauschalisierend und gruppenbezogen. Ebenso handelt es sich nicht bei allen pauschalisierenden

Aussagen um verfestigte PAKOs. Aussagen wie „Alle Gymnasiast*innen sind besserwissende Streber*innen“ sind zwar pauschalisierend, die Person wird daraus aber keine Nachteile z.B. bei der Wohnungssuche haben, da es sich dabei nicht um gesellschaftlich verfestigte Ablehnungshaltungen handelt.

Wird man im Verband oder Alltag mit solchen Aussagen konfrontiert, stellt sich die Frage nach dem Umgang damit. Eine einfache, immer anwendbare Reaktion darauf gibt es leider nicht. Jedoch kann man sich ein paar Fragen stellen, um zu entscheiden, wie man in dieser Situation reagiert:

- » Sind Personen dabei, welche von der Aussage persönlich betroffen sind, versetze dich in ihre Situation und zeige ihnen, dass du sie unterstützt.
- » Ist es im Interesse der angefeindeten Person oder Gruppe, jetzt zu intervenieren um Unterstützung zu zeigen?
- » In welcher Situation bin ich? Kenne ich die Person, von der die Aussage kommt und treffe ich sie wieder?
- » Ist die andere Person an einem Gespräch interessiert oder will sie evtl. nur provozieren?
- » Fühle ich mich gerade bereit für das Gespräch und habe ich Zeit?

Kennt man die Person besser, ist die Chance, einen Umdenkprozess anzustoßen größer. Wichtig ist es in diesem Gespräch die Person ernst zu nehmen, gut zuzuhören und nachzuhaken, wie sie diese Aussage meint. Gleichzeitig ist aber auch deutlich und respektvoll die eigene Position zu erklären. Reagieren muss aber nicht immer ein ausführliches Gespräch sein. Manchmal, gerade wenn man die Person nicht gut kennt oder wenig Zeit hat, reicht es deutlich zu machen, dass man anderer Meinung ist und menschenverachtende Aussagen nicht unterstützt. Bedenke, wenn du ein Gespräch anfängst, dass du dieses auch immer begründet abbrechen kannst, zum Beispiel weil du dich gerade nicht bereit dazu fühlst oder dich von der Person nicht ernstgenommen fühlst.

Zum Weiterlesen:

Möller, Kurt, et al., 2017. *Mit Rückgrat gegen PAKOs! Eine Step by Step-Anleitung für die Jugendarbeit zur Gestaltung und Selbstevaluation von Angeboten gegen Pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen.* Hamburg, S. 10 ff.

Steffan, Philipp, 2020. *Sag was. Radikal höflich gegen Rechtspopulismus argumentieren.* Berlin: Oetinger Taschenbuch.

UMGANG MIT STÖRUNGEN

Mehr Sicherheit im Umgang mit Veranstaltungsstörungen

Veranstaltungen zum Umgang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder zur extremen Rechten werden immer wieder gezielt gestört. Akteur*innen des organisierten extrem rechten Spektrums verfolgen seit den 2000er Jahren eine Wortergreifungsstrategie, die darauf zielt, den Ablauf von Veranstaltungen zu stören, die Inhalte nach rechts zu verschieben und die Teilnehmenden zu verunsichern. Auch nicht organisierte Personen, die menschenfeindliches Gedankengut verbreiten, versuchen Veranstaltungen zu vereinnahmen. Im Folgenden soll ein Blick auf Handlungsmöglichkeiten geworfen werden, um sicher mit (potenziellen) Störungen umgehen zu können.

Vorbereitung einer Veranstaltung

Eine gute Vorbereitung kann dazu beitragen, das Ausmaß von Veranstaltungsstörungen zu verringern. Dabei ist es ratsam, sich vorher Gedanken zu machen, was das Ziel der Veranstaltung ist und wer adressiert wird.

Außerdem macht es Sinn, sich im Team und mit den Programmbeteiligten darauf zu verständigen, was eigentlich als nicht zumutbare Störung empfunden wird.

Weitere Tipps für die Vorbereitung von Veranstaltungen:

- » Informiert euch über Grundlagen der extrem rechten Ideologie und ihre Strategien.
- » Fragt bei szenekundigen Organisationen nach Einschätzungen und Unterstützung.
- » Sprecht euch über die Rollen während der Veranstaltung ab (Moderation, Technik, Referent*in etc.) Verabredet, wer welche Aufgabe im Falle einer Störung übernimmt.
- » Klärt im Vorfeld ab, wer das Hausrecht bei der Veranstaltung ausüben darf.
- » Sind Störungen zu befürchten, nehmt Kontakt mit der Polizei vor Ort auf und informiert über eure Veranstaltung und eure Bedenken. Fragt nach Unterstützung und einer Ansprechperson.
- » Arbeitet bei öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen mit einer Antidiskriminierungsklausel. Diese muss auf allen Einladungen enthalten sein.

Beispiel für eine Antidiskriminierungsklausel:

Den Veranstaltenden ist ein respektvolles und diskriminierungsfreies Miteinander sehr wichtig. Störungen oder Beleidigungen führen zum Ausschluss aus der Veranstaltung. Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die extrem rechten Parteien oder Organisationen angehören, der extrem rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

(Vorlage in Anlehnung an das Kulturbüro Sachsen)

Ist der Ausschluss von extrem Rechten undemokratisch?

Extrem Rechte versuchen sich bei einem Ausschluss von Veranstaltungen als Opfer zu inszenieren und unterstellen den Veranstalter*innen, intolerant zu sein. Ist der Ausschluss von extrem Rechten undemokratisch? Nein, denn das extrem rechte Weltbild selbst richtet sich gegen die Demokratie. Es basiert u.a. auf der Vorstellung einer Ungleichwertigkeit von Menschen und beinhaltet die Akzeptanz von Gewalt. Der italienische Schriftsteller Umberto Eco empfahl daher: „Um tolerant zu sein, muss man die Grenzen dessen festlegen, was nicht mehr tolerierbar ist.“

Zudem kann die Konfrontation mit extrem Rechten und deren Positionen für Betroffene von rechter Gewalt und Diskriminierung unzumutbar sein. Teilhabemöglichkeiten werden dadurch eingeschränkt. Der Ausschluss von extrem Rechten ist daher Ausdruck eines menschenrechtsorientierten und demokratischen Selbstverständnisses.

Durchführung einer Veranstaltung

Auch während der Veranstaltung habt ihr Möglichkeiten, Störungen entgegenzuwirken:

- » Besetzt den Eingangsbereich rechtzeitig vor Veranstaltungsbeginn mit genügend Personen, um die Einhaltung der Antidiskriminierungsklausel zu gewährleisten.
- » Die Moderation gibt der Veranstaltung zu Beginn einen Rahmen, erläutert das Thema, das Ziel und sorgt für Transparenz bei Diskussionsregeln und Ausschlusskriterien.
- » Die Moderation sorgt für die Einhaltung der Diskussionsregeln.

- » Ein*e Helfer*in kümmert sich um das Saalmikrofon und gibt dieses nicht aus der Hand, um bei langen Monologen oder diskriminierenden Äußerungen reagieren zu können.
- » Bietet menschenfeindlichen Positionen keine Plattform. Diskriminierende Äußerungen sollten nicht unkommentiert stehen gelassen werden.
- » Bei erheblichen Störungen, die den Fortgang der Veranstaltung gefährden, kann vom Hausrecht Gebrauch gemacht werden. Verlässt die Person nicht den Raum, ruft die Polizei. Kritische Bemerkungen allein stellen noch keine erhebliche Störung dar.

Nach der Veranstaltung

Nach Veranstaltungsende kann es sinnvoll sein, Personen, die im Fokus von extrem Rechten stehen, nach Hause oder bis zu einem sicheren Punkt zu begleiten. Falls es im Zusammenhang mit der Veranstaltung zu Vorfällen oder Übergriffen kommt, signalisiert den Betroffenen eure Unterstützung und verweist auf Beratungsangebote wie die Opferberatungsstelle LEUCHTLINIE im Demokratiezentrum Baden-Württemberg.

Im Onlinebereich

Wie Präsenzveranstaltungen können auch online durchgeführte Veranstaltungen Ziel von Störungen sein. Eine Variante ist das sogenannte Zoom-Bombing, benannt nach dem weit verbreiteten Videokonferenz-Programm „Zoom“. Beim Zoom-Bombing werden Veranstaltungen gestört, indem Teilnehmer*innen obszöne, gewaltverherrlichende oder andere extreme Inhalte auf dem Bildschirm teilen, dazwischenrufen oder den Chat zumüllen. Diese Störaktionen können aus der destruktiven Lust an Provokation („Trollen“) erfolgen. Sie können aber auch aus denselben Motiven wie bei der Wortergreifungsstrategie heraus erfolgen.

Viele Tipps für die Vorbereitung von Präsenzveranstaltung sind ebenso im digitalen Bereich anwendbar. Eine gute Vorbereitung bei der Veranstaltungsplanung ist auch hier die halbe Miete.

Tipps für die Durchführung von Onlineveranstaltungen:

Macht euch im Vorfeld mit der Software vertraut. Prüft die technischen Optionen, die das Mitwirken von Teilnehmenden ermöglichen oder einschränken.

Nehmt die entsprechenden Einstellungen bei eurem Programm vor. Testet diese vorab in kleiner Runde aus.

Es ist gut, neben den Referent*innen eine oder mehrere Moderator*innen zu haben, die während der Veranstaltung den Chat und die Aktivitäten der Teilnehmenden im Auge behalten.

- » Teilt die Zugangsdaten für die Veranstaltung nicht öffentlich, sondern sendet sie per E-Mail zu.
- » Arbeitet mit Anmeldeverfahren für die Veranstaltung und nutzt – falls im Programm vorhanden – die Warteraumfunktion. Im digitalen Bereich kann ebenfalls mit einer Antidiskriminierungsklausel gearbeitet werden.

Dies sind einige wesentliche Tipps zum Umgang mit Veranstaltungsstörungen. Als Ansprechpartnerin steht z.B. die Fachstelle mobirex im Demokratiezentrum Baden-Württemberg zur Verfügung. Wer sich in das Thema vertiefen möchte, wird im Folgenden fündig.

Zum Weiterlesen:

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, 2010: Wir lassen uns das Wort nicht nehmen. Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Besucher/innen bei Veranstaltungen. Berlin, online unter <https://mbr-berlin.de/publikationen/wir-lassen-uns-das-wort-nicht-nehmen-empfehlungen-zum-umgang-mit-rechtsextremen-besucher-innen-bei-veranstaltungen-2010/>

Landeshauptstadt München, 2014: Veranstaltungsstörungen durch die extreme Rechte... und was dagegen hilft. Ein Wegweiser der Landeshauptstadt München für Veranstalterinnen und Veranstalter. München, online unter https://www.lks-bayern.de/fileadmin/user_upload/user_upload/beratung/fuer_kommunalpolitik_und_verwaltung/Veranstaltungssto__rungen_durch_die_extreme_Rechte.pdf

UMGANG MIT DISKRIMINIERUNGSERFAHRUNGEN

Zum Alltag der Jugendarbeit gehört es, mit jungen Menschen über ihre Erfahrungen und ihren Alltag ins Gespräch zu kommen. Dazu gehören für viele Jugendliche auch Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihrer Herkunft, Religion, ethnischer Zuschreibung, etc. Auch bei diskriminierendem Verhalten durch andere Teilnehmende werden solche Erfahrungen Thema. Hier sind Teamer*innen, Gruppenleiter*innen und Pädagog*innen in besonderem Maße gefragt, den Jugendlichen zur Seite zu stehen und ihren Erfahrungen Raum zu geben.

Für Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft ist es meist nur schwer bis überhaupt nicht möglich, rassistische Diskriminierungserfahrungen nachzuvollziehen. Diese finden auf verschiedenen Ebenen statt, sind oft subtil, stellen aber einen wichtiger Teil der Lebenswelt Betroffener dar. Jugendliche als ganze Person wahrzunehmen bedeutet auch, ihre Diskriminierungserfahrungen wahrzunehmen und anzuerkennen.

Dafür braucht es zunächst ein Bewusstsein, wie weitreichend rassistische Einstellungen und Vorurteile unseren Alltag in Form von Machtstrukturen prägen. Offene Beleidigungen und stereotype Darstellungen in Medien sind ebenso Teil rassistischer Abwertung wie subtile Formen, z.B. wiederholte Ablehnung in Bewerbungsverfahren aufgrund einer zugeschriebenen Herkunft, geringere Zugangschancen im Bildungswesen oder das erdulden müssen regelmäßiger Polizeikontrollen aufgrund der äußeren Erscheinung.

Die eigene Verstrickung in diese Machtstrukturen und tradierten Narrative zu reflektieren ist ein erster wichtiger Schritt, um mit rassistischen Diskriminierungserfahrungen anderer umgehen zu können.

Im Umgang mit solchen Erfahrungen hat sich ein Dreischritt bewährt: Wahrnehmen – Reflektieren – Begleiten.

1. Diskriminierungserfahrungen wahrnehmen

Rassistisch-diskriminierende Erfahrungen sind oft subtil und können auch von den Betroffenen häufig nicht direkt eingeordnet werden. Andere werden als solche erkannt, sind im Erleben der Betroffenen aber so häufig, dass sie nicht mehr zur Sprache gebracht werden. Junge Menschen brauchen daher Freiräume, in denen sie ihre Erfahrungen ungestört formulieren können. Diese können aktiv geschaffen werden oder ergeben sich im Alltag, z.B. durch beiläufige Bemerkungen oder ironische Kommentare. Hier ist dann der nötige Freiraum zu schaffen, z.B. durch Änderungen im geplanten Ablauf oder Verschiebung von Prioritäten.

Dem* der Jugendlichen wird der Raum gegeben, von ihren subjektiven Erfahrungen zu berichten, ohne Unterbrechung, Kommentierung oder Belehrung. Ziel ist es, dem* der Betroffenen zu zeigen, dass er*sie wahrgenommen und ernst genommen wird.

2. Reflektieren

Da über rassistische Diskriminierungserfahrungen nur selten offen gesprochen wird, ist ein Reagieren „aus dem Bauch heraus“ kaum möglich. Es bedarf der

aktiven Reflektion der eigenen Bilder, Interpretationen des Gesagten und der eigenen Machtstrukturen innerhalb der Gruppe, um angemessen weiterarbeiten zu können. Auch die Bewusstwerdung des eigenen Auftrags in dieser Situation findet hier statt.

Fragen dazu können sein: Warum berichtet der*die Jugendliche über diese Erfahrungen? Wie nimmt mich der*die Jugendliche wahr in Bezug auf Hautfarbe, kulturelle Herkunft, etc? Welche allgemeinen Problemstellungen (z.B. Kopftuchdebatte) spielen in der beschriebenen Situation mit rein? Welche Aufgabe wird mir vom*von der Jugendlichen, der Gruppe, dem Träger zugeschrieben?

3. Begleiten

Im letzten Schritt wird mit dem*der Jugendlichen gemeinsam überlegt, ob und wie er*sie aktiv werden möchte. Dies können individuelle oder gemeinschaftliche Handlungsoptionen sein, bei denen die Gruppe eingebunden wird.

Mit den Jugendlichen kann geklärt werden, ob dabei die Begleitung durch die Gruppe/ den*die Leiter*in gewünscht ist.

Umgang mit Rassismusvorwürfen

Wenn Jugendliche Leiter*innen direkt Rassismus vorwerfen ist die Reaktion oft von Empörung und Emotionen geprägt. Rassismus wird immer noch als bewusste Haltung verstanden, von der es sich zu distanzieren gilt. Ein Blick auf Rassismus als Form gesellschaftlicher Machtstrukturen, in die jede und jeder verstrickt ist, nimmt Emotionalität aus der Debatte und öffnet neue Handlungsoptionen.

Der Vorwurf kann als Chance genutzt werden, mit Jugendlichen über rassistische Diskriminierungserfahrungen, ihre Wahrnehmung der Einrichtung und der eigenen Handlungen ins Gespräch zu kommen und dabei die eigene Rolle als Leiter*in zu reflektieren.

Jugendliche machen dabei die Erfahrung, ernstgenommen zu werden. Es lohnt sich also, nach den Gründen für den Vorwurf zu fragen und dem Gespräch Raum einzuräumen. Der Vorwurf verliert damit an Macht und eröffnet neue Möglichkeiten zum Umgang in der Gruppe.

Für Jugendliche, die den Vorwurf lediglich als Provokation nutzen, verliert er damit gleichzeitig an Attraktivität.

Zum Weiterlesen:

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V., 2018: *Erfahrungen mit Rassismus im pädagogischen Alltag. Eine Einführung zum Thema Rassismus für Fachkräfte in der Jugendhilfe und Schule. Erschienen in der Reihe „Thema Jugend kompakt“.* Münster, online unter: <http://www.thema-jugend.de/publikationen/thema-jugend-kompakt/erfahrungen-mit-rassismus/>

Glaser, Enrico und Lehnert, Esther, 2019: *Diskriminieren Mädchen* und Jungs* anders? Pädagogischer Umgang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.* Berlin, online unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2019/12/Broschu%CC%88re-GR-P%C3%A4dagogik-GMF.pdf>

Madubuko, Nkechi, 2021: *Praxishandbuch Empowerment. Rassismuserfahrungen von Kindern und Jugendlichen begegnen.* Weinheim und Basel.

PÄDAGOGISCHER UMGANG MIT ABWERTENDEN JUGENDLICHEN

Spätestens wenn Jugendliche sich in unseren Angeboten rechtsaffin, abwertend äußern oder rechte Codes benutzen (z.B. T-Shirts), stehen die Gruppenleiter*innen in der Verantwortung, sich dazu zu verhalten. Ein „Laufen-lassen“ kann dabei genauso keine Alternative sein wie der kategorische Ausschluss der Jugendlichen. Schließlich gehört es zur Selbstfindung im Jugendalter dazu, sich auszuprobieren und eine eigene (politische) Position zu entwickeln. Jugendliche in diesem Prozess zu begleiten und gegebenenfalls zu schützen, gehört zum Selbstverständnis der Jugendarbeit dazu. Es muss also ein angemessener Umgang mit Jugendlichen gefunden werden.

Beziehung ist wichtig

Zunächst ist zu beachten, dass abwertende, menschenfeindliche Einstellungen immer auch mit komplexen Gedanken- und Emotionen-Konstrukten einhergehen. Rationale Argumente sind daher in ihrer Wirksamkeit begrenzt. Umso wichtiger wird eine tragfähige Beziehung zum* zur jeweiligen Jugendlichen, um ihn oder sie zu erreichen und Alternativen zu diesen Konstrukten anzubieten. Wichtig ist dabei eine pädagogische Grundhaltung, die das Gegenüber ernst nimmt, ohne mit der Gesinnung einverstanden zu sein.

Gleichzeitig besteht neben dem Bemühen um rechtsaffine Jugendliche die Verantwortung für andere Gruppenmitglieder und die Gesamtgruppe. Diese kann unter Umständen im weiteren Prozess eingebunden werden, darf aber

nicht aus dem Blick geraten, wenn es darum geht, rechtem Gedankengut zu begegnen und potenzielle Opfer zu schützen. Daher ist es auch legitim und manchmal pädagogisch geboten, Verweise oder Verbote auszusprechen. Dies bedarf einer guten Abwägung.

Ist man als Gruppenleiter*in mit einer konkreten Situation konfrontiert, ist es zunächst gut, sich bewusst zu machen, dass man nicht allein verantwortlich ist. Problematische Äußerungen oder Vorkommnisse sollten im Team besprochen und das weitere Vorgehen abgestimmt werden. Dazu hilft es, sich zunächst individuell und als Team der eigenen Haltung und der gemeinsamen Werte bewusst zu werden. Im Austausch darüber entsteht ein gefestigter Standpunkt, von dem aus das weitere Handeln leichter fällt.

Ist ein gemeinsamer Standpunkt gefunden, lassen sich im nächsten Schritt die vorhandenen Strukturen im eigenen Verband überprüfen und gezielt einsetzen: Zum Beispiel kann in einer allgemeinen Hausordnung oder individuellen Gruppenordnungen festgehalten werden, auf welchen Werten der Umgang miteinander und mit anderen basiert. Der Verweis auf die gemeinsame Gruppenordnung bietet Handlungssicherheit und bestimmt klare Grenzen des sagbaren.

Darüber hinaus hat jeder Verband für sich bereits Werte bestimmt, die ihn definieren und die den Jugendlichen Identifikationsmöglichkeiten anbieten. Diese sollen und dürfen sich natürlich – neben den allgemeinen Grundwerten der Jugendarbeit, wie Demokratie und Menschenwürde – in der jeweiligen Ordnung wiederfinden. Schließlich kann mit der jeweiligen Jugendgruppe gezielt an einem positiven, wertschätzenden Miteinander gearbeitet werden, beispielsweise durch kooperative Übungen und Spiele ohne Sieger.

Auch gelebte und erlebbare Beteiligungsstrukturen innerhalb des Verbands wirken autoritärem Denken entgegen und ermöglichen Selbstwirksamkeitserfahrungen, die vor Machtfantasien schützen.

Problemlage richtig einschätzen

Fällt ein*e Jugendliche*r wiederholt durch rechtsaffine oder abwertende Äußerungen auf, sollte im Team ein individuelles Vorgehen besprochen werden. Dabei hilft zunächst die präzise Wahrnehmung und Deutung des Ausmaßes, in dem der*die Jugendliche in rechte Gedankenwelten verstrickt ist.

Die Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) hat dazu ein Modell entwickelt. Zunächst wird anhand der unterschiedlichen Erfahrungen im Team mit dem*der Jugendlichen eingeschätzt:

- wie stark der*die Jugendliche in rechtsextreme Zusammenhänge eingebunden ist und
- wie ausgeprägt das rechtsextreme Weltbild der*des Jugendlichen bereits ist.

Die MBR hat dazu vier Kategorien entwickelt, die für das weitere Vorgehen nützlich sind:

1. Sympathisant*innen
2. Mitläufer*innen
3. Aktivist*innen
4. Kader.

Typisch ist, dass Sympathisant*innen und Mitläufer*innen sich der Problematik ihrer Äußerungen nicht bewusst sind und diese als normale Einstellungen innerhalb des politischen Spektrums einschätzen. Oft begreifen sie ihre Orientierung nicht als politisch und berufen sich auf die freie Meinungsäußerung.

Aktivist*innen und Kader hingegen sind sich der Radikalität ihrer Aussagen bewusst und nutzen diese gezielt. Häufig sind die rhetorisch fit und nutzen Diskussionen gezielt, um ihre Meinung als mehrheitsfähig zu präsentieren (Wortergreifungsstrategie). Daher bieten sie keinen Raum für pädagogische Interventionen im Rahmen der normalen Jugendarbeit. Hier ist es legitim und oft auch geboten, sich der Grenzen der eigenen Handlungsfähigkeit bewusst zu sein und diese Jugendlichen von Angeboten auszuschließen.

Für den Umgang mit Sympathisant*innen und Mitläufer*innen empfiehlt es sich, sich weitergehend zu informieren und als Team eine externe Beratung (z.B. durch ein regionales Demokratiezentrum) hinzuzuziehen.

Zum Weiterlesen:

Fachaustausch-Redaktion „Grenzenlos gestärkt im Alltag“, 2021: (K)Ein Auge zudrücken!? – Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen in Jugendfreizeiteinrichtungen und Schulsozialarbeit. Berlin, online unter: <https://www.vielfalt-mediathek.de/material/rechtsextremismus/kein-auge-zudruecken-umgang-mit-rechtsaffinen-jugendlichen-in-jugendfreizeiteinrichtungen-und-schulsozialarbeit>

Bundeszentrale für politische Bildung, 2017: Zum Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Jugendeinrichtungen. Berlin, online unter: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/256707/zum-umgang-mit-rechtsextrem-orientierten-jugendlichen-in-jugendeinrichtungen/>

Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus Berlin, 2016: Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismusprävention und -intervention bei Jugendlichen. Berlin.

UMGANG MIT RECHTEN NUTZUNGSVERSUCHEN

Anmietung, Förderung, etc.

Anstatt von (extrem) rechten Akteuren in der ein oder anderen Art angegriffen zu werden, kann es uns in der Jugendverbandsarbeit auch passieren, dass sich (extrem) rechte Akteure mit uns profilieren oder identifizieren möchten. Sie können inhaltliche Anknüpfungspunkte suchen, sich durch scheinbare Unterstützung unserer Arbeit versuchen zu legitimieren, oder durch die teils verschleierte Nutzung unserer Einrichtungen oder Symbole eine Legitimierung durch uns suggerieren.

Die eigenen Werte kennen

Im Umgang mit inhaltlichen Annäherungsversuchen durch rechte Personen und Akteure ist es zunächst hilfreich, sich bewusst zu machen wo die Inhalte und Werte des eigenen Verbands für Annäherungen attraktiv erscheinen können. So gibt es rechte Gruppierungen mit inhaltlicher Nähe zu Umweltschutzthemen oder zur Brauchtumspflege. Die Pfadfinder- und bündischen Verbände können für rechte Akteure attraktiv erscheinen, aber auch Forderungen nach (insb. direkter) Demokratie und Demokratieerweiterung sind für manche rechten Gruppierungen anschlussfähig.

Nun kann es nicht das Ziel sein, die eigenen Themen deshalb in Frage zu stellen und sich Streitig machen zu lassen. Im Gegenteil kann die aktive Auseinandersetzung damit, warum eigene Themen für rechte Gruppierungen attraktiv sind, zur Schärfung des eigenen Werteprofiles führen, wenn klar herausgearbeitet wird, wo dann die klaren Unterschiede zu solchen rechten Akteuren liegen.

Als grundsätzliche oder präventive Maßnahme können hier klare Beschreibungen und rote Linien in Papieren wie Satzungen und Leitbildern hilfreich sein. In konkreten Situationen, in denen rechte Akteure inhaltliche Nähe oder Über-

einstimmung behaupten oder sich mit dem eigenen Verband solidarisieren wollen, kann dann in der Öffentlichkeitsarbeit, aber auch direkt an die rechten Akteure adressiert, auf diese Papiere und Standpunkte verwiesen werden.

Netzwerke nutzen

Wenn rechte Parteien oder ähnliche politische Akteure sich durch Unterstützung der Arbeit von Jugendverbänden legitimieren wollen, ist zwar einerseits auch hier eine klare Abgrenzung notwendig, gleichzeitig kann es schwierig sein, sich damit scheinbar gegen die eigenen politischen oder z.B. auch finanziellen Interessen positionieren zu müssen. Hier empfiehlt es sich, auf die demokratischen politischen Akteure im entsprechenden Gremium zuzugehen und diesen die Situation transparent darzustellen.

Die Hoffnung dabei ist, dass eine gleiche oder bessere politische Unterstützung durch diese demokratischen Akteure als Gegenvorschlag zur Initiative der rechten Akteure erreicht werden kann, so dass man als Verband nicht in die Situation kommt, ungewollt von der Unterstützung rechter politischer Akteure zu profitieren. Bei einem erfolgreichen politischen Vorstoß rechter Parteien oder Akteure, von dem der eigene Verband profitiert, ist es im Zweifelsfalle wichtig, in der Öffentlichkeitsarbeit klarzustellen, dass dies noch keine Nähe des Verbands zu diesen Akteuren bedeutet, und auch hier auf oben erwähnte inhaltliche Abgrenzungen zu verweisen.

Ebenfalls ist es möglich, dass rechte Gruppierungen Räume, Einrichtungen oder ähnliches bei Verbänden anmieten, ihre Veranstaltung oder Nutzung dort öffentlichkeitswirksam darstellen und damit Legitimation und eine Nähe zur Arbeit des Verbands herstellen wollen.

Hier ist es präventiv hilfreich, in Nutzungs- und Mietverträgen Klauseln einzufügen, die die Nutzung durch rechtsextreme und rechtspopulistische Gruppierungen ausschließen und gegebenenfalls dem eigenen Verband bei einer Unvereinbarkeit der Werte der Gruppierung eine Kündigung ermöglicht.

Leider kommt es auch vor, dass solche Gruppierungen dies umgehen, indem sie Räume und Einrichtungen als Privatpersonen oder unter unbekanntem Organisationsbezeichnungen anmieten. Auch hier ist es wichtig, bei Bekanntwerden eine klare Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und deutlich auf die eigenen Werte, vorhandene Beschlüsse und Papiere gegen rechte Positionen sowie auf bestehende Klauseln in Mietverträgen zu verweisen, um klar darzustellen,

dass es sich nicht um legitime Nutzungen oder gar eine Zusammenarbeit gehandelt hat.

AUF ANGRIFFE VON RECHTS REAGIEREN

Delegitimationsversuche, Absprache von Fördergeldern, Anschuldigung der Kooperation mit „linksfaschistischen“ Organisationen etc.

Solidarisch und selbstbewusst gegen rechte Angriffe auf Jugendarbeit

Autoritäre, rassistische oder andere diskriminierende Einstellungen sind in den vergangenen Jahren sicht- und hörbarer geworden. Dies spielt einer (extrem) rechten Strategie in die Hände, die anstrebt, gesellschaftliche Debatten und Einstellungen weiter nach rechts zu verschieben, um eine kulturelle Vorherrschaft zu erlangen. Davon ist auch die Jugendarbeit betroffen.

Eine Jugendarbeit, die sich für Vielfalt, Menschenrechte, Engagement und politische Mündigkeit einsetzt, steht diesem (extrem) rechten Ansinnen entgegen. Dies gilt umso mehr, wenn sie über Bedrohungen für die Demokratie und über Diskriminierung aufklärt. Dabei bietet die außerschulische Jugendarbeit einen Lernraum zur Einübung demokratischer Umgangsweisen.

Durch den wachsenden gesellschaftlichen und politischen Einfluss des rechten Spektrums kommt es von dieser Seite immer wieder zu Interventionen gegen die demokratisch-pluralistische Jugendarbeit. Das kann vor allem beobachtet werden, wenn eine Auseinandersetzung mit Themen wie Migration, geschlechtlicher und sexueller Vielfalt oder der extremen Rechten stattfindet. Die gewachsene rechte Präsenz in Entscheidungsgremien hat zudem Einfluss auf die Finanzierung von Jugendarbeit. Auf unterschiedliche Weise wird versucht, Druck auszuüben.

Die Mär vom Neutralitätsgebot

So werden Vorwürfe erhoben, die Jugendarbeit agiere nicht „neutral“ bzw. verstoße gegen ein angeblich existierendes „Neutralitätsgebot“. Damit wird ein Verständnis von politischer Bildung als wertfreies Unterfangen transportiert. Ziel dieser rechten Interventionen ist es, eine kritische Auseinandersetzung mit diskriminierenden Einstellungen und Verhaltensweisen zu unterbinden. Die mit diesen Vorwürfen einhergehende Verunsicherung von einigen Fachkräften, Trägern und Geldgeber*innen soll ein Handlungsvakuum schaffen, das es extrem rechten Akteur*innen ermöglicht, diese Lücke mit ihren eigenen, vagen Vorstellungen von Jugendarbeit zu besetzen.

Der rechten Forderung nach „Neutralität“ steht der Auftrag des Sozialgesetzbuchs (SGB) VIII, § 11 entgegen. Danach soll Jugendarbeit „zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen“. Im Gesetz wird die politische Bildung ausdrücklich als Schwerpunkt der außerschulischen Jugendbildung genannt.

Die Sachverständigenkommission des 16. Kinder- und Jugendberichts stellt in ihren zentralen Erkenntnissen und Empfehlungen fest:

„Politische Bildung kann nicht neutral sein, denn die Orientierung junger Menschen an demokratischen Werten und die Entwicklung kritischer Urteilskraft ist ihr vornehmstes Ziel. Politische Bildung ist demnach ein Prozess der Bildung von Mündigkeit, der sich am ‚unhintergehbaren Kern‘ der Demokratie mit Prinzipien wie Gleichheit, Pluralismus, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Minderheitenschutz orientiert“ (vgl. BMFSFJ 2020).

In dem einer diversitätsbetonten und diskriminierungssensiblen Jugendarbeit „Linksextremismus“ oder „Indoktrination“ unterstellt wird, soll ihr die Legitimation entzogen werden. Auf diese Weise sollen Zuwendungsgeber*innen und Träger der Jugendarbeit in einen Rechtfertigungszwang gebracht, strengere Vorschriften erlassen und im Zweifel unliebsamer Jugendarbeit die Finanzierung entzogen werden. Damit wird die oft jahrelang gewachsene gute fachliche Zusammenarbeit von Fachkräften, Trägern und Verwaltung infrage gestellt.

Selbstbewusst und professionell bleiben

Gegen rechte Angriffe auf die Jugendarbeit empfiehlt sich ein selbstbewusstes Auftreten, bei dem die pädagogischen Ziele der eigenen Arbeit im Vordergrund stehen. Fachkräfte und Träger können sich auf ihre Fachlichkeit berufen. Sichtbar gemacht werden kann dies in Leitbildern oder Hausordnungen, die den fachlichen Anspruch und die demokratische Haltung unterstreichen.

Eine gemeinsame Haltung von Trägern, Verwaltung und Politik, die die Notwendigkeit einer politischen Bildung in der Jugendarbeit auf Grundlage von demokratischen Werten und Menschenrechten anerkennt, stärkt die eigene Handlungssicherheit. Eine gute Kommunikation zwischen diesen Akteur*innen hilft zudem, mögliche Unsicherheiten abzubauen.

Weiterbildungsangebote für Fachkräfte wie auch die Reflexion der Verwobenheit in einer Gesellschaft, in der Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bis in die Mitte reichen, stellen einen wichtigen Baustein zur

qualitativen Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes dar. Unterstützung kann von Fachberatungs- und Anlaufstellen geleistet werden.

Rechte Angriffe auf die Jugendarbeit zielen auf eine Polarisierung und Spaltung des Arbeitsfeldes. Um selbstsicher darauf reagieren zu können, empfiehlt sich eine kontinuierliche Lobby- und Netzwerkarbeit sowie ein kollegialer Austausch im Umgang mit rechten Angriffen. Eine (gemeinsame) öffentliche Positionierung von Trägern gegen rechte Angriffe bietet Sicherheit und Rücken- deckung für Fachkräfte. Sie signalisiert nach innen und außen die Solidarität mit den von Diskriminierung und rechter Diffamierung Betroffenen.

Zum Weiterlesen:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2020: Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Zentrale Erkenntnisse und Empfehlungen des 16. Kinder- und Jugendberichts. Berlin.

Dieckmann, Marcel, 2018: Jugendsozialarbeit im Visier – Rechtspopulistische Angriffe und Einschüchterungsversuche. In: Berliner Zustände 2018. S. 70-75, Online unter <https://www.apabiz.de/wp-content/uploads/Berliner-Zustaende-2018.pdf>

Hafeneger, Benno et al.; 2021: Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will. Frankfurt/ Main.

Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V. (Hrsg.), 2020: Rechts(d)ruck in Sozialer Arbeit. In: Forum für Kinder- und Jugendarbeit 36/2, online unter <https://www.kinder-undjugendarbeit.de/index.php?id=87>

Weiterarbeit

WO FINDE ICH UNTERSTÜTZUNG?

Für alle Fragen und Anliegen der Jugendverbände und -ringe zum Thema Arbeit gegen Rechts ist beim Landesjugendring Baden-Württemberg der Bereich Partizipation & politische Bildung zuständig.

- Tel.: 0711 / 16 447-0
- info@ljbw.de
- www.ljbw.de

A) Bildung und Information

Akademie der Jugendarbeit Baden-Württemberg

Die Akademie der Jugendarbeit bietet Seminare und Fortbildungen unter anderem zu Vielfalt und Antidiskriminierung für Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit an.

- Tel.: 0711 / 89 69 15-50
- Mail: info@jugendakademie-bw.de
- Web: www.jugendakademie-bw.de

mobirex – Monitoring | Bildung | Information

bei der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung (LAGO) BW

mobirex bietet Haupt- und Ehrenamtlichen Informationen zu den Themenfeldern extreme Rechte, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Antifeminismus in Baden-Württemberg. Mobirex hilft bei der Einordnung dieser Erscheinungsformen und unterstützt mit Informationsmaterialien oder Vorträgen. Die Fachstelle ist Teil des Demokratiezentrum Baden-Württemberg.

- Tel.: 0711 / 89 69 15-23
- Mail: mobirex@lago-bw.de
- Web: www.mobirex.de

Fachstelle Extremismuskonzeption (FEX)

bei der Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork BW

FEX ist fester Bestandteil des Demokratiezentrum Baden-Württemberg und entwickelt präventive Ansätze im Feld des politischen und religiös motivierten Extremismus. Diese zielen auf die Stärkung der Handlungsfähigkeit im Umgang mit sich radikalierenden jungen Menschen und richten sich an (sozial)pädagogische Fachkräfte und ehrenamtlich Tätige aus der Verbandslandschaft.

- Tel.: 0800 / 2016 112
- Mail: info@fexbw.de
- Web: www.fexbw.de

Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) Baden-Württemberg

bei der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung (LAGO) BW

Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) leistet mithilfe von gut ausgebildeten Ehrenamtlichen wertvolle Präventionsarbeit an Schulen und in Jugendgruppen im außerschulischen Bereich. In den Projekttagen erhalten Jugendliche und junge Erwachsene Informationen zu Themen wie Diskriminierung, Rassismus und Klassismus. Dabei geht es auch immer um Möglichkeiten für zivilcouragiertes Handeln.

- Tel.: 0711 / 89 69 15-24
- Mail: r.ueddenklau@lago-bw.de
- Web: www.lago-bw.de/netzwerk-fuer-demokratie-und-courage.html

Team meX

der Landeszentrale für politische Bildung (Lpb)

Das Team meX bietet Projekttag für Jugendliche Im Bereich der Prävention von Rechtsextremismus, Islamismus und Verschwörungstheorien an. Für Erwachsene werden Fortbildungen und Fachvorträge zu diesen Themen angeboten. Die Arbeit richtet sich an Multiplikator*innen der schulischen und außerschulischen Jugend- und Bildungsarbeit, an Mitarbeiter*innen der öffentlichen Verwaltung und alle weiteren Interessierten.

- Tel.: 0711 / 1640 99 – 86
- Mail: julia.hinze@lpb.bwl.de
- Web: www.team-mex.de

B) Beratungsangebote

Anlauf- und Vernetzungsstelle gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus

bei der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung (LAGO) BW

Die Anlauf- und Vernetzungsstelle bei der LAGO berät und vernetzt Vereine, Verbände und Organisationen, die sich in ihrem lokalen Umfeld gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus einsetzen möchten. Ziel ist das Schaffen eines lokalen Netzwerks, welches sich handlungsstark und stabil gegen abwertende und menschenfeindliche Haltungen einsetzen kann.

- Tel.: 0711 / 89 69 15-19
- Mail: a.stelzel@lago-bw.de
- Web: <https://lago-bw.de/vernetzungsstelle-gegen-rechtsextremismus.html>

LEUCHTLINIE – Beratung für Betroffene von rechter Gewalt

bei der Türkischen Gemeinde in BW

Die Fachstelle LEUCHTLINIE steht bei Übergriffen (in Form einer Gewalttat, Bedrohung, Beleidigung und/oder Verleumdung, Pöbelei oder wirtschaftlichen Schädigung) beratend zur Seite. Auch Zeug*innen solcher Taten kann die LEUCHTLINIE weiterhelfen. Die Fachstelle ist Teil des Demokratiezentrum BW.

- Tel.: 0711 / 888 999 33
- Mail: kontakt@leuchtlinie.de
- Web: <http://www.leuchtlinie.de/>

Fachstelle „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“

bei der Jugendstiftung BW

Die Fachstelle „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“ koordiniert das gleichnamige Beratungsnetzwerk. Sie bietet Beratung, Unterstützung und Entlastung für Menschen, die – in welcher Weise auch immer – mit extrem rechten Einstellungen oder Handlungen bzw. GMF konfrontiert sind. Die Fachstelle ist Teil des Demokratiezentrum BW.

- Tel.: 07042 / 83 17-30
- Mail: beratung@kompetentvorort.de
- Web: www.demokratievorort.de/kompetent-vor-ort/beratung/

Regionale Demokratiezentren

Die 23 Regionalen Demokratiezentren bieten Beratung und Hilfe bei rechts-extremen Vorfällen vor Ort.

Die Kontaktdaten der Demokratiezentren finden sich hier:

<https://demokratiezentrum-bw.de/dz-vor-ort/>

OFEK BaWü – Community-basierte Interventionen bei Antisemitismus

Mit zwei Beratungsstandorten in Stuttgart und Freiburg bietet OFEK BaWü zielgerichtete Unterstützung bei Antisemitismus vor Ort. Die Beratung richtet sich unter anderem an Einzelpersonen, Vereine oder Schulen.

- Tel.: 0711 / 228 3629
- Mail: bw@ofek-beratung.de
- Web: <https://ofek-beratung.de/bawue>

Stärkenberatung der NaturFreunde BW

Die Stärkenberatung ist ein Projekt der NaturFreund*innen Baden-Württemberg für NaturFreund*innen. Ziel des Projektes ist die Demokratieförderung und nachhaltige Verbandsentwicklung. Ehrenamtliche Berater*innen mit den Schwerpunkten Demokratiestärkung, Partizipation, Konfliktlösung und Engagement gegen menschenverachtende Einstellungen unterstützen bei diesen Anliegen.

- Tel.: 0711 / 420 70 388
- Mail: staerkenberatung@naturfreunde-wuerttemberg.de
- Web: <https://www.naturfreunde-wuerttemberg.de/projekt-staerkenberatung-baden-wuerttemberg>

ZEBRA BW – Zentrale Beratungsstelle für Weltanschauungsfragen

ZEBRA BW bietet Beratung im Umgang mit Verschwörungserzählungen, Sekten und weiteren Weltanschauungsgemeinschaften, wenn diese Grundrechte einschränken oder Kinder- und Menschenrechte verletzen. ZEBRA BW kann für Vorträge zu diesen Themen angefragt werden.

- Tel.: 0761 / 4889 8296
- Mail: info@zebra-bw.com
- Web: <https://zebra-bw.com/>

Zusammenhalt im Sport in Baden-Württemberg

beim Württembergischen Landessportbund e.V.

Sportvereine und -verbände, die sich für Toleranz, Vielfalt und Demokratie einsetzen, erhalten vom Projekt „Zusammenhalt im Sport“ Unterstützung. Das Projekt berät hinsichtlich einer partizipativen Gestaltung der Vereinskultur, bietet Workshops zur Sensibilisierung und für Handlungsmöglichkeiten gegen menschenfeindliche Einstellungen. Ein Demokratieführstück bietet die Möglichkeit zu einem niedrigschwelligen Austausch.

- Tel.: 0711 / 280 77-166
- Mail: johanna.latreche@wlsb.de
- Web: <https://www.wlsb.de/sportentwicklung-ehrenamt-sportstaettenbau-schule-sportabzeichen/vielfalt-und-teilhabe/zusammenhalt-im-sport>

WEITERLESEN

Themenfeld Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen:

Amadeu Antonio Stiftung, 2006: *Reflektieren. Erkennen. Verändern. Was tun gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit?* Berlin, S. 6 ff.

Küppner, Beate und Zick, Andreas, 2015. GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT. Online unter <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechts-extremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit>.

Möller, Kurt, et al., 2021. *Erfahrungsräume öffnen – Demokratie gestalten. Die KISSeS-Strategie in der Praxis*, Reutlingen: Sauter, S. 6 ff.

Möller, Kurt, 2020. *Pauschalablehnung – Verständnisse, Erscheinungsweisen, Begünstigungsfaktoren und Gegenstrategien*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Themenfeld problematischen Äußerungen begegnen:

Möller, Kurt, et al., 2017. *Mit Rückgrat gegen PAKOs! Eine Step by Step-Anleitung für die Jugendarbeit zur Gestaltung und Selbstevaluation von Angeboten gegen Pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen*. Hamburg, S. 10 ff.

Steffan, Philipp, 2020. *Sag was. Radikal höflich gegen Rechtspopulismus argumentieren*. Berlin: Oetinger Taschenbuch.

Themenfeld Umgang mit Störungen:

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, 2010: *Wir lassen uns das Wort nicht nehmen. Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Besucher/innen bei Veranstaltungen*. Berlin, online unter <https://mbr-berlin.de/publikationen/wir-lassen-uns-das-wort-nicht-nehmen-empfehlungen-zum-umgang-mit-rechtsextremen-besucher-innen-bei-veranstaltungen-2010/>

Landeshauptstadt München, 2014: *Veranstaltungsstörungen durch die extreme Rechte... und was dagegen hilft. Ein Wegweiser der Landeshauptstadt München für Veranstalterinnen und Veranstalter*. München, online unter https://www.lks-bayern.de/fileadmin/user_upload/user_upload/beratung/fuer_kommunalpolitik_und_verwaltung/Veranstaltungssto__rungen_durch_die_extreme_Rechte.pdf

Themenfeld Umgang mit Diskriminierungserfahrungen:

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V., 2018: *Erfahrungen mit Rassismus im pädagogischen Alltag. Eine Einführung zum Thema Rassismus für Fachkräfte in der Jugendhilfe und Schule*. Erschienen in der Reihe „Thema Jugend kompakt“. Münster, online unter: <http://www.thema-jugend.de/publikationen/thema-jugend-kompakt/erfahrungen-mit-rassismus/>

Glaser, Enrico und Lehnert, Esther, 2019: *Diskriminieren Mädchen* und Jungs* anders? Pädagogischer Umgang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*. Berlin, online unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2019/12/Broschu%CC%88re-GR-P%C3%A4dagogik-GMF.pdf>

Madubuko, Nkechi, 2021: *Praxishandbuch Empowerment. Rassismuserfahrungen von Kindern und Jugendlichen begegnen*. Weinheim und Basel.

Themenfeld Umgang mit abwertenden Jugendlichen:

Fachaustausch-Redaktion „Grenzenlos gestärkt im Alltag“, 2021: *(K)Ein Auge zudrücken!? – Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen in Jugendfreizeiteinrichtungen und Schulsozialarbeit*. Berlin, online unter: <https://www.vielfalt-mediathek.de/material/rechtsextremismus/kein-auge-zudruecken-umgang-mit-rechtsaffinen-jugendlichen-in-jugendfreizeiteinrichtungen-und-schulsozialarbeit>

Bundeszentrale für politische Bildung, 2017: *Zum Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Jugendeinrichtungen*. Berlin, online unter: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/256707/zum-umgang-mit-rechtsextrem-orientierten-jugendlichen-in-jugendeinrichtungen/>

Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus Berlin, 2016: *Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismusprävention und -intervention bei Jugendlichen*. Berlin.

Themenfeld Angriffe von Rechts:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2020: *Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Zentrale Erkenntnisse und Empfehlungen des 16. Kinder- und Jugendberichts*. Berlin.

Dieckmann, Marcel, 2018: *Jugendsozialarbeit im Visier – Rechtspopulistische Angriffe und Einschüchterungsversuche*. In: *Berliner Zustände 2018*. S. 70-75, Online unter <https://www.apabiz.de/wp-content/uploads/Berliner-Zustaeende-2018.pdf>

Hafeneger, Benno et al.; 2021: *Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will*. Frankfurt/ Main.

Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V. (Hrsg.), 2020: *Rechts(d)ruck in Sozialer Arbeit*. In: *Forum für Kinder- und Jugendarbeit* 36/2, online unter <https://www.kinder-undjugendarbeit.de/index.php?id=87>

